

Spanien

Esther Barbé / Laia Mestres¹

Die politische, wirtschaftliche und soziale Lage Spaniens war von Sommer 2010 bis Sommer 2011 von schweren Turbulenzen gekennzeichnet. Nach dem Sturm trat keineswegs die Ruhe ein. Die schlechte Bilanz 2010 und die Prognose für 2011 heizten die ständigen Gerüchte noch weiter an, Spanien müsse den Rettungsschirm in Anspruch nehmen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Spaniens sank in 2010 um 0,2%. Die Prognose der spanischen Regierung, dass in 2011 mit einer Wachstumsrate von 1,3% zu rechnen sei, wurde sofort durch den Internationalen Währungsfonds dementiert, dessen Prognose bei 0,7% lag. Zum ersten Mal konnte Spanien die Schuldengrenze des Vertrags von Maastricht nicht einhalten, die Staatsverschuldung betrug 60,1%. Das Staatsdefizit lag Ende 2010 bei 9,2%, fast zwei Punkte unter den Zahlen von 2009, aber dennoch weit entfernt von den durch die EU festgelegten 3%.² Anfang August 2011 war die Wahrscheinlichkeit, dass Spanien die Hilfe des Rettungsschirms der EU benötigen würde, am größten, da die Risikoprämie 415 Basispunkte über dem Satz lag, den Deutschland für seine Schulden bezahlte. Nur eine sofortige Intervention der Europäischen Zentralbank, die die Staatsanleihen Italiens und Spaniens aufkaufte, konnte die europäischen Finanzmärkte beruhigen.

Am alarmierendsten war jedoch die Arbeitslosigkeit. Sie erreichte Ende Juni 2011 20,89%, etwa 5 Millionen Menschen waren arbeitslos. Noch gravierender sah es bei der Jugendarbeitslosigkeit aus. Bei den unter 25jährigen stieg sie im zweiten Quartal 2011 um mehr als sieben Zehntel auf 46,12%.³ Die Perspektivenlosigkeit der Jugend, zusammen mit der Distanz der Bürger zur Politik und der Korruption, die immer größere Ausmaße erreichte, bildeten den Nährboden einer wachsenden sozialen Empörung. Die Bewegung 15-M – auch Bewegung der Empörten genannt – entstand als friedliche Protestbewegung. Auf den großen Plätzen der wichtigsten spanischen Städte wurden Zelte aufgeschlagen. Ziel war eine Demokratie mit mehr Mitbestimmungsrechten für den Bürger, oder wie sie selbst sagten: „Wir sind kein Spielball der Politiker und Banker“.

Die Regierung von José Luis Rodríguez Zapatero wurde durch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und die Wahlniederlage der PSOE bei den Kommunal- und Regionalwahlen im Mai 2011 immer weiter geschwächt. Zapatero kündigte an, dass er nicht zur Wiederwahl zur Verfügung stehen würde. Die Parlamentswahlen, die eigentlich im März 2012 stattfinden sollten, wurden auf den 20. November 2011 vorgezogen. Es ist kein Zufall, dass sich am 20. November der Todestag Francos jährt. Bei den Spitzenkandidaten der zwei großen Parteien, Mariano Rojas für die PP und Alfredo Pérez Rubalcabe für die PSOE, hat Mariano Rojas laut Meinungsumfragen einen komfortablen Vorsprung.

In dieser letzten Regierungsphase Zapateros war der Einfluss Spaniens auf die europäische Agenda nur gering. Es schien, als sei der Überaktivismus Spaniens während seiner

1 Übersetzt aus dem Spanischen.

2 „Los incumplidores de los criterios de Maastricht: Alemania y Francia incumplieron 14 veces“, El País, 11 de septiembre de 2011.

3 „Encuesta de Población Activa – Segundo Trimestre de 2011“, Instituto Nacional de Estadística, Madrid, 29 de julio de 2011.

EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2010 zu einer Belastung für die folgenden Monate geworden. Die europäische Politik war zweitrangig. Spanien war nun nicht mehr Treiber, sondern Getriebener der EU-Wirtschaftspolitik. Von den Mitgliedstaaten vertrat nur eine Minderheit die spanischen Positionen. Lediglich in der Außenpolitik der EU, deren besondere Aufmerksamkeit den Unruhen in den arabischen Staaten galt, wurde Spanien etwas mehr Beachtung geschenkt. Trotzdem blieben die Spanier Europa treu. Laut der Umfrage des Real Instituto Elcano „fühlen sich 86% der Spanier enger mit Europa als mit Lateinamerika verbunden“, obwohl „nur jeder Dritte der Meinung ist, dass 2011 ein gutes Jahr für die EU war“.⁴

Wirtschaftskrise, Eurokrise, Vertrauensverlust

Die Reaktion Europas auf die Wirtschafts- und Finanzkrise und den weltweiten Vertrauensverlust war nicht durch Spanien geprägt, obwohl Spanien einer der Staaten war, der durch die Krise am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurde. Obwohl alle spanischen Politiker mit Inbrunst den Slogan „Mehr Europa“ als einzigen Weg aus der Krise verbreiteten, hielt sich die Regierung in den europäischen Debatten zu Wirtschaftsreform und Eurorettung eher diskret zurück. Man wollte alles vermeiden, was die Märkte als Zeichen werten könnten, dass Spanien gezwungen sei, unter den europäischen Rettungsschirm zu schlüpfen.

Spanien befand sich mitten in den Turbulenzen auf den europäischen Märkten. Die schlechten Wirtschaftszahlen deuteten darauf hin, dass Spanien als nächstes Land den Rettungsschirm benötigen würde. Im April 2011 musste Portugal den Rettungsschirm in Anspruch nehmen. Die Anspannung in Spanien nahm daher weiter zu und wurde durch die schlechten Zahlen der Unternehmen und Banken des Landes noch verstärkt. Die Behörden wiederholten gebetsmühlenartig „Spanien ist nicht Portugal“⁵ und versicherten, dass die vorgelegten Regulierungs- und Sparprogramme greifen und die Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft verbessern würden, damit die Märkte von der Kreditwürdigkeit Spaniens überzeugt sein könnten.

Vor diesem Hintergrund zeigte sich die spanische Regierung sehr zufrieden mit den Vorschlägen der Europäischen Kommission zum Stabilitäts- und Wachstumspakt, die im Laufe von 2010 bis 2011 bei den Gipfeltreffen des Europäischen Rates auf den Tisch kamen. Allerdings meinte das spanische Wirtschaftsministerium im Hinblick auf die ergriffenen Maßnahmen, man „hätte mehr Gewicht auf vorbeugende, als auf korrigierende Maßnahmen legen sollen“.⁶

Spanien war mit den meisten Punkten zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts, dem europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus, dem Euro-Plus-Pakt und der Einführung des Europäischen Semesters einverstanden. Im Hinblick auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt wandte sich Spanien lediglich gegen den Vorschlag Deutschlands, den Staaten, die diesen Pakt nicht einhalten und dadurch die Stabilität des Euro in Gefahr bringen, das Stimmrecht zu verweigern.⁷ Zapatero hatte während der spanischen Ratspräsidentschaft Anfang 2010 bereits vorgeschlagen, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, den Staaten finanzielle Sanktionen aufzuerlegen, die gegen die Einhaltung der Finanz-

4 Barómetro del Real Instituto Elcano (BRIE), 27ª oleada, Mai-Juni 2011, S. 38 und 52.

5 „La frase que se repite como un mantra ‘España no es Portugal’“, Público, 24. März 2011; „Top politicians: Spain is not Portugal“, EUObserver, 25. März 2011.

6 „Comparecencia del señor secretario de Estado de Economía (Campa Fernández), para informar sobre el Consejo de Economía y Finanzas (Ecofin), previsto para el día 17 de junio de 2011, en el que tendrá lugar el debate legislativo sobre el Pacto de Crecimiento y Estabilidad“, Diario de Sesiones de las Cortes Generales, Comisión Mixta para la Unión Europea, Sesión nº 71, IX Legislatura, Nr. 200, 14. Juni 2011, S. 14.

kriterien verstoßen. Spanien war mit politischen Sanktionen einverstanden, jedoch nicht mit dem Entzug eines so grundlegenden Rechts wie dem Stimmrecht.

Der ständige Finanzstabilisierungsmechanismus soll im Mai 2013 in Kraft treten und den im Mai 2010 beschlossenen vorläufigen Stabilisierungsmechanismus ablösen. Er basiert auf Beiträgen der Mitgliedstaaten, des IWF und der Beteiligung des Privatsektors. Gerade dieser letzte Punkt stieß auf den Widerstand der spanischen Regierung. Wirtschaftsminister José Manuel Campa erklärte vor dem Parlament, dass Spanien „die Einmischung des Privatsektors in diesen Mechanismus“ nicht unterstützt, „denn dies würde ein Risiko für die Eurozone“ darstellen.⁸ Weil dieser Mechanismus den Vertrag von Lissabon verändert, musste er von den Parlamenten der 27 Eurostaaten ratifiziert werden. Im September 2011 ratifizierte ihn das spanische Parlament fast einstimmig. Der Beitrag Spaniens zu diesem Mechanismus bei der EZB wird 11,9% betragen, das entspricht 9.500 Millionen Euro.

Beim Europäischen Rat am 25. März wurde der Euro-Plus-Pakt beschlossen und von Spanien begrüßt, denn die Themen (Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Finanzstabilität und langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen) waren genau die Themen, die die Regierung bereits aufgegriffen hatte. Der Ministerpräsident verkündete außerdem zusätzliche Maßnahmen wie Reformen der Tarifverhandlungen, der Richtlinien über Dienstleistungen, in der Ausbildung oder bei der Erarbeitung von Maßnahmen zur Regulierung der Schwarzarbeit.⁹ Die umstrittensten Maßnahmen im Euro-Plus-Pakt waren die Verknüpfung von Löhnen und Produktivität sowie die Festschreibung einer Schuldengrenze der Staatsverschuldung in die Verfassung eines jeden Mitgliedstaates. Spanien war mit beiden Maßnahmen einverstanden. Die erste Maßnahme fand die Billigung des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministeriums (allerdings wurde das aktuelle System, das auf einem Abkommen zwischen Regierung, Unternehmen und Gewerkschaften beruht, bisher noch nicht geändert). Für die zweite Maßnahme wurde im August 2011 eine sofortige Änderung der Verfassung durchgeführt, die ihren Kritikern zufolge in einer „Nacht- und Nebelaktion“ stattfand.

Die Sorge des spanischen Wirtschaftsministeriums um die Glaubwürdigkeit der nationalen Haushalte führte zur Zustimmung zu einer jährlichen Überwachung der Wirtschafts- und Steuerreformen durch die Europäische Kommission, dem Europäischen Semester. Spanien hatte schon ein Jahr zuvor einen Stress-Test der Banken gefordert. Bei dieser ersten Einschätzung der wirtschaftlichen Lage Spaniens empfahl die Europäische Kommission die Reformen in den Bereichen Steuer, Arbeitsmarkt, Finanzsektor und Ausgabenkontrolle fortzuführen, um so eine Reduzierung des Defizits um bis zu 3% des Bruttosozialprodukts zu erreichen. Vor allem wurde die Erhöhung der Mehrwertsteuer und weiterer indirekter Steuern auf Energiekosten empfohlen, auch sollten die Beiträge der Unternehmen zu den Sozialabgaben verringert werden, um diese wettbewerbsfähiger zu machen.¹⁰ Wirtschaftsministerin Elena Salgado lehnte diesen Vorschlag ab, denn „eine

7 „Comparecencia del señor secretario de Estado para la Unión Europea (López Garrido), para informar sobre el próximo Consejo Europeo“, Diario de Sesiones de las Cortes Generales, Comisión Mixta para la Unión Europea, Sesión nº 53, IX Legislatura, nº 151, 27. Oktober 2011, S. 4.

8 „Comparecencia del señor secretario de Estado de Economía (Campa Fernández), para informar sobre el Consejo de Economía y Finanzas (Ecofin), previsto para el día 17 de junio de 2011, en el que tendrá lugar el debate legislativo sobre el Pacto de Crecimiento y Estabilidad“, Diario de Sesiones de las Cortes Generales, Comisión Mixta para la Unión Europea, Sesión nº 71, IX Legislatura, nº 200, 14. Juni 2011, S. 14.8

9 „Programa Nacional de Reformas de España 2011“, April 2011.

10 Comisión Europea, „Recomendación del Consejo relativa al programa nacional de reforma de 2011 de España y por la que se emite un dictamen del Consejo sobre el programa de estabilidad actualizado de España (2011-2014), SEC (2011) 817 final, Brüssel, 7. Juni 2011.

Verringerung der Sozialabgaben ist nicht sinnvoll, da durch diese zukünftige Renten bezahlt werden“.¹¹ Ministerpräsident Zapatero erklärte seinerseits: „Die Bewertung Spaniens war weltweit positiv; es werden Antworten auf die Bedrohungen gegeben, denen die Wirtschaft ausgesetzt ist.“¹²

Zusammenfassend unterstützte Spanien die meisten Wirtschaftsmaßnahmen der EU. Es werden auch riskantere Maßnahmen wie die Schaffung der so genannten Eurobonds erwartet. Die Regierung befürwortet dieses Instrument, ohne allerdings federführend zu sein. Spanien möchte die Märkte nicht beunruhigen. Das spanische Parlament nutzte die Debatte zur Ratifizierung des europäischen Stabilisierungsmechanismus und drang auf die Einführung der Eurobonds, da diese „die Angriffe der Spekulanten auf die schwächsten Schuldner verhindern“ und „die Lösung der Schwierigkeiten der Refinanzierung sein könnten.“¹³

Spanien an der Kandare Deutschlands

„Spanien, Hauptstadt Berlin“¹⁴ lautete die Schlagzeile einer spanischen Zeitung, als Angela Merkel Spanien im März 2011 besuchte. Dies belegte den Eindruck in Spanien, dass Deutschland in jüngster Zeit in der europäischen Politik allgegenwärtig ist. In der öffentlichen Meinung verkörperte Angela Merkel das Gesicht der wirtschaftlichen Regulierungen, die die EU Spanien auferlegt hat. Auf zahlreichen Plakaten der Demonstranten des 15-M gegen die Märkte war das Gesicht der deutschen Kanzlerin zu sehen. Ihre Popularität bei den Spaniern sank innerhalb von nur drei Monaten von 6,7 auf 6 Punkte.¹⁵

In sämtlichen spanischen Medien wurde jede Äußerung der Kanzlerin über Spanien genau registriert. Mitte Januar fand ein Artikel in der Zeitschrift „Der Spiegel“ große Aufmerksamkeit, in dem über ein mögliches Angebot Merkels an Zapatero über den Abschluss eines Beschäftigungsabkommens berichtet wurde, das qualifizierten jungen Spaniern erlauben sollte, in Deutschland eine Beschäftigung aufzunehmen.¹⁶ Dieser Idee liegen die unterschiedlichen Arbeitslosenzahlen beider Länder (7% Arbeitslosigkeit in Deutschland gegenüber 20% in Spanien) zugrunde. Spanien geriet durch Merkel wieder in den Fokus der Berichterstattung, als sie die Notwendigkeit ansprach, die Zahl der Urlaubstage und das Renteneintrittsalter innerhalb der EU-Mitgliedstaaten anzugleichen.¹⁷ Das alte Vorurteil des faulen Spaniers wurde wieder einmal bedient.

Der Eindruck, Deutschland habe Spanien an die Kandare genommen, verstärkte sich immer mehr. Beim bilateralen deutsch-spanischen Gipfel am 3. Februar 2011 in Madrid suchte die spanische Regierung Anerkennung für die wirtschaftlichen Maßnahmen, die Spanien in den letzten Monaten durchgeführt hatte, während es sich für die deutsche Kanzlerin lediglich um einen weiteren Protokollbesuch bei einem der Länder handelte, die der Eurozone die größten Probleme bereiteten. So fiel die Aussage Merkels eher kurz und bündig aus: „Spanien hat seine Hausaufgaben gemacht und befindet sich auf einem guten

11 „Bruselas pone más deberes a España“, El País, 8. Juni 2011.

12 „El Consejo Europeo apuesta por la estabilidad y avalúa positivamente las reformas de España“, Rueda de Prensa del Presidente del Gobierno, José Luis Rodríguez Zapatero, La Moncloa, 24. Juni 2011.

13 „El Congreso insta al Gobierno a actuar ante los miembros de la zona euro para la implantación de los eurobonos como instrumento de financiación“, Nota de Prensa del Congreso de los Diputados, 20. September 2011.

14 Juliana, Enric, „España, capital Berlín“, La Vanguardia, 3. Februar 2011.

15 Barómetro del Real Instituto Elcano (BRIE), 27ª oleada, Mai-Juni 2011, S. 17.

16 Zitiert in „Merkel ofrece trabajo a Zapatero“, La Razón, 22. Januar 2011.

17 „Merkel quiere que se armonicen vacaciones y jubilación en la UE“, El País, 18. Mai 2011.

Weg¹⁸. Ziel war lediglich der Besuch Merkels bei der spanischen Wirtschaft, um ihr mehr Glaub- und Kreditwürdigkeit zu verschaffen.

Während sich bereits beim Gipfel die fehlende Harmonie zwischen Spanien und Deutschland zeigte, wurde der Vertrauensverlust durch die „Gurkenkrise“ weiter verstärkt. Nach dem Ausbruch des Ehec-Erregers in Deutschland Ende Mai machten die deutschen Behörden spanische Gurken für den Ausbruch der schweren Infektion verantwortlich. Die Europäische Kommission gab eine Gesundheitswarnung an die gesamte EU heraus und ein Dutzend europäischer Länder stoppte den Import von spanischem Obst und Gemüse. Weder bei den spanischen, noch bei den deutschen Untersuchungen wurde in den Gurken das Bakterium gefunden, das für die Todesfälle verantwortlich war, so dass Deutschland Spanien entlasten und die Kommission nach nur vier Tagen die Gesundheitswarnung wieder aufheben musste. Dennoch war der wirtschaftliche wie auch der Prestigeschaden für die spanische Landwirtschaft erheblich.

Die spanische Regierung erklärte alle Vorschläge der EU-Kommission zum Schadensersatz für unzureichend, weil diese sich nur auf einige konkrete Bereiche beschränkten (Gurken, Tomaten, Salat, Zucchini und Paprika) und nur auf Produkte, die vom Markt genommen wurden, nicht aber auf den Preisverfall, den die Krise hervorgerufen hatte.¹⁹ Von den 227 Millionen Euro, die die EU den geschädigten Landwirte zur Verfügung stellte, erhielt Spanien mit 71 Millionen Euro den Hauptanteil.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise war der Auslöser für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Spanien und Deutschland. Deutschland war für Spanien in den frühen Jahren der Demokratisierung beispielhaft, in den ersten Jahren in der EU ein Partner, wurde dann aber zum Rivalen.²⁰ Die Folge dieser Distanz zu Deutschland ist derzeit eine Randstellung Spaniens in Europa.

Weitere Konflikte Spaniens mit Europa

Die Randstellung Spaniens innerhalb der EU zeigte sich auch in der politischen Agenda, als das Land verschiedenen Vorschlägen widersprach, die sowohl die Europäische Kommission, als auch weitere Mitgliedstaaten auf den Verhandlungstisch gebracht hatten. Die spanische Position fand häufig keine Mehrheit.

Ein Beispiel des offen ausgetragenen Konflikts zwischen Spanien und der EU-Kommission war die Wiederaufnahme des Vorschlags zur Anwendung des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit, um dadurch ein gemeinsames EU-Patentsystem zu schaffen. So wurden insgesamt drei Amtssprachen (Englisch, Französisch und Deutsch) festgelegt. Spanien und Italien wollten diesen Vorschlag nicht anerkennen. Spanien stellte vor dem Gerichtshof der Europäischen Union „aufgrund der Diskriminierung von Sprachen“ und der „Verletzung des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit“ einen Antrag auf Annullierung des Vorhabens, da der Vorschlag weder den Binnenmarkt in Mitleidenschaft ziehen, noch die wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenarbeit erschweren, noch die Wettbewerbsfähigkeit jener Unternehmen, die mit anderen Sprachen als den drei ausgewählten Sprachen arbeiten, beschädigen darf.²¹ Dennoch konnten sich Spanien und Italien bisher nicht durchsetzen. Die übrigen 25 Mitgliedstaaten waren mit der Anwendung

18 „Conferencia de prensa del Presidente del Gobierno y de la Canciller alemana después de la Cumbre Hispano-Alemana“, Madrid, 3. Februar 2011, <http://www.la-moncloa.es>.

19 „La UE aprueba ayudas por la E.coli contra el criterio de España“, El País, 15. Juni 2011.

20 Torreblanca, José Ignacio, „Modelo, socio, rival“, El País, 26. November 2010; „Spain braces itself for a crisis made in Germany“, The Financial Times, 29. November 2010.

des Verfahrens der verstärkten Zusammenarbeit einverstanden, das der EU ab 2013 die Einführung eines einheitlichen kostengünstigeren und weniger bürokratischen Systems erlauben wird.

Weitere Konfliktpunkte waren der freie Personenverkehr und die Zuwanderung. Das massive Eintreffen aufgrund der instabilen Lage in Nordafrika von mehr als 25.000 tunesischen Flüchtlingen von Januar bis April auf der Insel Lampedusa führte zu einer massiven Rückführung der Flüchtlinge durch Italien und zur vorübergehenden Schließung der Grenze zwischen Menton und Ventimiglia durch Frankreich. Fast gleichzeitig beantragten beide Länder die kurzfristige Aussetzung des Schengener Abkommens. Dies wurde von Spanien scharf kritisiert, allerdings befand sich das Land mit Belgien und Malta in der Minderheit. Das spanische Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit beschuldigte Frankreich und Italien „den Rückwärtsgang gegenüber allen erzielten Siegen und Errungenschaften einzulegen“ und bezeichnete den Antrag als eine „Rückkehr zu egoistischen und nationalistischen Aktivitäten im Hinblick auf die Zuwanderung“.²² Trotzdem erlaubte der Europäische Rat im Juni die Wiedereinführung der Grenzkontrollen, sollte ein Mitgliedstaat nicht in der Lage sein, seinen Verpflichtungen durch das Schengener Abkommen in Bezug auf die illegale Einwanderung von Bürgern aus Drittländern nachzukommen. Zur Beruhigung der Befürworter des freien Personenverkehrs, wie z.B. Spanien, begann der Text mit den rhetorischen Worten, dass „es sich um eine der offensichtlichsten und erfolgreichsten Leistungen der europäischen Integration und eine grundlegende Freiheit“²³ handle.

Allerdings entschied sich auch Spanien für eine Einschränkung des freien Personenverkehrs. Rumänische Staatsangehörige, die nach Spanien ausgewandert waren, mussten wieder eine Arbeitserlaubnis beantragen, obwohl Spanien das Moratorium im Januar 2009 ausgesetzt hatte. Die Tatsache, dass auch Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien das Moratorium aufrechterhielten und Rumänien zu den Staaten zählte, die von der Arbeitslosigkeit am meisten betroffen waren, beeinflusste die Entscheidung. Laut Regierungssprecher und Verkehrsminister José Blanco war es das Ziel dieser Maßnahme „den Strom an Rumänen in den Arbeitsmarkt zu koordinieren und zu verhindern, dass diese Personen in die Schwarzarbeit gerieten und Opfer von Ausbeutung würden“.²⁴ Die Europäische Kommission, die diesem Vorschlag zunächst nicht zustimmen wollte, genehmigte diesen im Hinblick auf die „angespannte Arbeitsmarktsituation in Spanien“²⁵ zeitlich begrenzt von 1. August 2011 bis 31. Dezember 2012. Erstmals hatte ein Mitgliedstaat um die Aktivierung dieser Sicherheitsklausel gebeten.

Eine neue Außenministerin

Die schlechten Zahlen im ersten Halbjahr 2010 brachten Änderungen auf ministerialer Ebene mit sich. Mitte Oktober wurde Miguel Angel Moratinos, ein spanischer Diplomat mit langjähriger Erfahrung und Experte der arabischen Welt, durch Trinidad Jiménez ersetzt, deren politische Karriere eng mit Ministerpräsident Zapatero verbunden ist. Mora-

21 „Comparecencia del señor secretario de Estado para la Unión Europea (López Garrido), para informar sobre el estado de las negociaciones en el seno de la Unión Europea en torno a la instauración de una patente comunitaria. A petición del Grupo Parlamentario Catalán (Convergència i Unió)”, Diario de Sesiones de las Cortes Generales, Comisión Mixta para la Unión Europea, Sesión nº 63, IX Legislatura, nº Nr. 179, 23. März 2011, S. 21.

22 „Paris y Roma exigen restringir la circulación de inmigrantes en la UE”, El País, 27. April 2011.

23 Conclusiones del Consejo Europeo, EUCO 23/1/11 REV 1, Brüssel, 23. und 24. Juni 2011.

24 „España pedirá a los rumanos visado de trabajo para evitar su explotación”, El País, 22. Juli 2011.

25 „Europa da vía libre a la restricción a los rumanos”, El País, 12. August 2011.

tinios, der dem Ministerium sechseinhalb Jahre vorgestanden hatte, gab der traditionellen Außenpolitik des Landes mit besonderem Augenmerk auf das Mittelmeer (Unterstützung der Mittelmeerunion) und auf Lateinamerika (größere politische und wirtschaftliche Präsenz in der Region) neue Impulse. Bei der Bilanz seiner Tätigkeit als Minister hob er besonders hervor, dass er in Abstimmung mit den Vereinten Nationen und dem Grundsatz der territorialen Integrität die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkannt hätte und dass er einen ständigen Sitz Spaniens in der G20 erreichen konnte.²⁶

Trinidad Jiménez konnte zu Beginn ihrer Amtszeit als Außenministerin einen kleinen Erfolg beim Europäischen Rat verbuchen. Die Minister der 26 Mitgliedsländer stimmten dem spanischen Vorschlag zu, die diplomatischen Beziehungen zu Kuba zu normalisieren und beauftragten die Hohe Vertreterin Catherine Ashton zur Aufnahme vermehrter Kontakte mit dem Castro-Regime. Endlich erreichte die Regierung Zapatero nach sechs Jahren gescheiterter Verhandlungen eine Änderung der EU-Politik gegenüber Kuba sowie die Anerkennung der (allerdings noch zögerlichen) Bemühungen des Regimes zur Öffnung seiner Grenzen. Kuba war wieder einmal ein Prestigethema Spaniens.

Das große Thema der ersten Monate von Ministerin Trinidad Jiménez war jedoch zweifellos der arabische Frühling. Die Forderung der Bürger nach Freiheit und Demokratie auf den Plätzen ihrer Städte und in den sozialen Netzwerken überrollte die spanische Diplomatie ohne Vorwarnung (wie auch die europäische). So fiel die europäische und spanische Antwort auf die Aufstände in Tunesien, die zum Sturz des Regimes von Ben Ali führten, zunächst eher zögerlich aus.

Als die Proteste Ägypten erreichten, begann die europäische Politik zu reagieren. So sicherte José Luis Rodríguez Zapatero den Ägyptern Unterstützung im Kampf um Freiheit und Demokratie zu. Bei einem Staatsakt bestätigte Zapatero: „Ich möchte diesen Völkern, diesen befreundeten Staaten von hier aus versichern, dass wir uns für sie das Gleiche wünschen wie für uns: Demokratische Reformen, Freiheit, Fortschritt, soziale Gerechtigkeit“. Und er verband die spanische Unterstützung mit der europäischen. „Wir verpflichten uns, dass dieser Wandel durch die EU Unterstützung findet und dass unsere Verbundenheit und die Hoffnungen der arabischen Jugend auch in der Politik der EU gegenwärtig sind“.²⁷ Zapatero war der erste europäische Regierungschef, der Tunesien am 1. März nach dem Fall Ben Alis besuchte, nur wenige Tage nach dem Besuch Ashtons.

Allerdings unterstützte Spanien nicht alle Protestbewegungen gegen Diktatoren. Bei einer Reise durch Ägypten, Syrien, Jordanien und dem Libanon Mitte März, als die Syrer begannen, gegen Bashar al Asad aufzubegehren, verteidigte Trinidad Jiménez den Reformwillen des Herrschers. Später bemühte sich die spanische Regierung über die Mediation von Bernardino León, das syrische Regime von der Einleitung eines Reformprozesses zu überzeugen. Nach dem Scheitern des Dialogs gab Spanien nach. Der Ministerrat der EU beschloss diplomatische Sanktionen gegen das syrische Regime. Auch in Marokko unterstützte Spanien die Demonstranten nicht, die mehr Demokratie forderten. Für Zapatero war „die Situation in Marokko anders als die der Nachbarstaaten, denn Marokko hat ein Vielparteiensystem“.²⁸ Als Mohamed VI eine Änderung der Verfassung ankündigte, um die Regierung und das Parlament zu stärken, war dies eine Erleichterung für Spanien, das

26 „Conversación con Miguel Ángel Moratinos“, *Política Exterior*, vol XXV, Nr. 140, März/April 2011, S. 68-82.

27 Zapatero apoya ‘una transición pacífica’ para Túnez y Egipto“, *El País*, 30. Januar 2011.

28 Zapatero considera que la situación de Marruecos es diferente a la de Túnez, Egipto y Libia“, *El País*, 21. Februar 2011.

befürchtet hatte, in die gleiche Situation zu geraten wie Frankreich im Hinblick auf Tunesien oder die USA mit Ägypten.

Spanien stimmte ebenso wie die Mehrheit der Europäer einer militärischen Intervention in Libyen zu. Spanien unterstützte die Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und genehmigte einen militärischen Eingriff, um die Verbrechen Gaddafis gegen die Menschlichkeit zu unterbinden, und nahm mit Flugzeugen und Schiffen an der Intervention teil. Zudem erkannte es die Führung der Aufständischen als legitime Vertretung des libyschen Volkes an.

Der Wechsel der Akteure im Süden des Mittelmeers führte dazu, dass Spanien auch die Zusammenarbeit zwischen der EU und den übrigen Anrainerstaaten des Mittelmeers wieder herstellen wollte. Die Mittelmeerunion stagnierte, nachdem der zweite, von Mai verschobene Gipfel im November 2010 gescheitert war und Generalsekretär Ahmad Masadeh sein Amt aufgab. Obwohl Moratinos mit Ashton vereinbart hatte, dass Spanien Nachfolger Frankreichs in der Vizepräsidentschaft der nördlichen Mittelmeerunion sein würde, sah die neue Ministerin die einzige Lösung zur Rettung dieser Institution in der Aufgabe dieses Amtes, das an die europäischen Institutionen übergeben wurde. Dennoch wollte Spanien weiter Einfluss auf die Mittelmeerpolitik der EU ausüben. Die Ernennung von Bernardino León, dem internationalen Berater Zapateros, zum Sondergesandten der südlichen Mittelmeerunion, belegt die Hinwendung Spaniens zum Mittelmeer. Zudem verstummte so die Kritik zumindest teilweise, Spanien beteilige sich nicht ausreichend an der europäischen Außenpolitik.

Zusammenfassend kann man sagen, dass das Ansehen Spaniens in den letzten Jahren stark beschädigt wurde. Vor nicht allzulanger Zeit stellte sich Spanien als achtstärkstes Land der Welt dar. Obwohl Spanien sich noch immer auf Platz 12 befindet, minderten die Auswirkungen der Krise 2011 sein internationales und europäisches Gewicht. Spanien ist heute ohne Orientierung, als wären die Jahre des Wirtschaftswachstums, die von einem europäischen Aktivismus (zwischen 1998 und 2007) begleitet wurden, nur ein Phantom gewesen. Die Annäherung an das Herz Europas, die Zapatero 2004 in den ersten Monaten seiner Regierung verkündet hatte, wurden nun, in seiner letzten Etappe als Ministerpräsident, zum Rückzug an den geographischen, politischen und wirtschaftlichen Rand Europas.

Weiterführende Literatur

- Barbé, Esther (Hrsg.): *Entre la irrelevancia internacional y el aprendizaje institucional. La presidencia española de la Unión Europea* (2010), Bellaterra: Institut Universitari d'Estudis Europeus 2011.
- Ferreira Rodríguez, Teresa/García Pérez, Rafael (Hrsg.): *Portugal e Espanha. Crise e Convergência na União Europeia*, Parede: Tribuna da História 2011.
- Molina, Ignacio/Tovar, Juan: *El año en que estalló la otra burbuja: La política exterior y de seguridad española en 2010*, Anuario Internacional CIDOB 2011, Barcelona: CIDOB Edicions, S. 271-283.
- Roy, Joaquín/Lorca-Susino, María (Hrsg.): *Spain in the European Union. The First Twenty-Five Years (1986-2011)*, Coral Gables: The Miami-Florida European Union Center of Excellence y The Jean Monnet Chair of the University of Miami 2011.
- Vaquer, Jordi: *Un lugar para España tras la crisis*, Política Exterior, Vol. XXV, Nr. 141, Mai/Juni 2011, S. 78-89.